

Starterschulen: Opposition macht Druck auf Goetsch

Betroffene Eltern sollen zügig befragt werden – Initiative entscheidet kommende Woche über Verfassungsklage

Von Insa Gall

Die Opposition macht wegen der umstrittenen Starterschulen Druck auf Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL). Die Eltern der 865 Kinder, die im Frühjahr vor dem Volksentscheid über die Schulreform an einer der 23 Starterschulen angemeldet wurden, müssen in den kommenden Tagen noch einmal ausdrücklich befragt werden, ob sie an dieser Entscheidung auch nach dem Aus für die Primarschulen festhalten, fordert Ties Rabe, schulpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

„Wir möchten, dass die Eltern aktiv befragt werden und ihre Entscheidung noch einmal bekräftigen

können oder eben nicht“, sagt der SPD-Schulpolitiker. Der entsprechende Hinweis in einem Schulbrief der Behörde reiche nicht aus. Zudem solle Senatorin Goetsch deutlicher als bisher klarstellen, dass die Starterschulen langfristig keine Perspektive haben und die Primarschulen nicht durch die Hintertür im Wege von Schulversuchen doch noch kommen sollen. Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt seien, werde die SPD eine pragmatische Lösung mitbringen. Sprich: Die Eltern, die ihre Kinder zum

Schuljahresbeginn jetzt auf Starterschulen schicken wollen, sollen dies aus SPD-Sicht tun können – auch wenn die Rechts-

grundlage nach Auffassung der Sozialdemokraten wackelig sei.

Die Zeit drängt. Am Donnerstag startet das neue Schuljahr. Für die Fünftklässler beginnt der Unterricht am kommenden Montag. Innerhalb der nächsten 14 Tage müssten die Eltern der 865 Kinder Gelegenheit bekommen, sich zu äußern, fordert Rabe. Ein Wechsel der Schüler, die an den Starterschulen angemeldet sind, auf eine Stadtteilschule oder ein Gymnasium wäre aus seiner Sicht auch zwei Wochen nach dem Beginn des Schuljahres vertretbar. Aber: „Die Behörde muss sich beeilen“, so Rabe. „Das tut sie nach meinem Eindruck absichtlich nicht, sondern sie lässt die Dinge laufen.“

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“, die die Einführung der Primarschule durch den Volksentscheid verhindert hatte, drängt auf eine noch schnellere Lösung. „Die Behörde muss die Eltern noch vor dem Ende der Ferien schriftlich

auffordern, ihre Kinder umzumelden“, fordert Initiativsprecher Walter Scheuerl. Wenn man wolle, könne man die Ummeldungen noch bis zum Schulstart hinbekommen. „Es wäre falsch, erst Ende August Elternabende zu veranstalten und dann zu schauen.“ Die Volksinitiative hält die Starterschulen für rechtlich unzulässig. „Wir werden über nächste Woche entscheiden, ob wir Verfassungsklage einreichen“, kündigte Scheuerl gestern an.

Christa Goetsch hält die Starterschulen hingegen für rechtlich abgesichert. Nachdem die Eltern ihre Kinder auf den Starterschulen angemeldet hätten, sei ein offizielles „Schulverhältnis“ begründet worden. Deshalb müsse man ihnen auch den Platz an der Starterschule weiter zusichern. Anfang der Woche will die Behörde ein Info-Telefon einrichten.

Über die Neuausrichtung der Bildungspolitik in der CDU diskutieren heute Abend die stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Karen Koop und Marcus Weinberg sowie die ehemalige Schulamtsleiterin Ingeborg Knipper um 19.30 Uhr im „Schlag“ in Nienstedten (Rupertistraße 26).